



Löhne und Arbeitsbedingungen in Gefahr

## **Nein zu diesem brandgefährlichen Angriff auf alle Arbeitnehmenden!**

Vania Alleva, Präsidentin der Gewerkschaft Unia

**Die Kündigungsinitiative will die Personenfreizügigkeit abschaffen. Und mit ihr die Kontrollinstrumente zum Schutz der Löhne und Arbeitsbedingungen (flankierende Massnahmen). Dies ist ein beispielloser Angriff auf alle Beschäftigten in der Schweiz.**

Vor 2 Jahren hat die SVP ihre Kündigungsinitiative lanciert. Klipp und klar sagten die Initianten, was ihnen an der sozial flankierten Personenfreizügigkeit nicht passt: «Die Flankierenden Massnahmen führten zu einem stark regulierten und staatlich kontrollierten Arbeitsmarkt: Jeder 2. Beschäftigte in der Schweiz hat nun einen Gesamtarbeitsvertrag, jeder 3. eine Mindestlohnregelung (...)!»

DAS ist es, was die Initianten stört. Sie wollen den Lohnschutz abschaffen.

### **Flankierende Massnahmen sind Arbeitnehmendenrechte**

Die flankierenden Massnahmen stärken die Rechte aller Arbeitnehmenden in unserem Land. Sie legen nicht nur den Grundsatz fest, dass für einheimische und entsandte Arbeitnehmende die gleichen Mindestlohn- und Mindestarbeitsbedingungen gelten. Sie sehen auch vor, dass bei Missbräuchen Gesamtarbeitsverträge einfacher allgemeinverbindlich erklärt werden können. Und sogar in Branchen ohne Gesamtarbeitsverträge können dank den FlaM Mindeststandards gesetzt und kontrolliert werden.

Das System ist nicht perfekt. Aber es hat sich grundsätzlich bewährt. Denn Gesetze und Verträge sind nur dann gut, wenn sie auch durchgesetzt werden. Darum braucht die Schweiz die FlaM:

- die zehntausenden von Kontrollen, die jedes Jahr von den paritätischen und tripartiten Kommissionen durchgeführt werden;
  - die Bussen und Dienstleistungssperren, gegen Dumpingfirmen;
  - und die Lohnnachzahlungen in Millionenhöhe, welche den von Dumping betroffenen Arbeitnehmenden im Nachhinein doch noch den verdienten Lohn gewähren...
- ... – das alles sind wichtige Errungenschaften.

Das sind Rechte, welche sich die Arbeitnehmenden in diesem Land nicht mehr wegnehmen lassen.

### **Auswirkungen auf den ganzen Arbeitsmarkt**

Im Jahr 2018 wurden 42'000 Unternehmen und 173'000 Personen kontrolliert. In 24% der Fälle wurden Missbräuche der Arbeitgeber festgestellt, zu einem guten Teil geahndet und die Arbeitgeber gebüsst oder – bei ausländischen Unternehmen - für Arbeiten in der Schweiz gesperrt.

Was die SVP kritisiert und abschaffen will, ist in Tat und Wahrheit das Recht auf faire Arbeitsbedingeneine für die Arbeitnehmenden. Dank diesen Rechten, haben beispielsweise

- die Angestellten in Tankstellenshops und die Angestellten in kleinen Reinigungsfirmen einen Mindestlohn und Mindestarbeitsbedingungen erkämpfen können;

- sogar die üblicherweise praktisch rechtlosen und extrem ausgebeuteten Hausangestellten haben dank den flankierenden Massnahmen wenigstens in einzelnen Kantonen Mindestarbeitsbedingungen und -löhne erhalten.

Nicht nur die direkt von Lohndumping betroffenen Arbeitnehmenden profitieren. Die Stärkung der Arbeitnehmendenrechte schützt Löhne und Arbeitsbedingungen auf dem gesamten Schweizer Arbeitsmarkt. Es ist darum wirklich ein präzedenzloser Angriff auf alle Arbeitnehmenden, den die SVP hier führt.

### **Das Prinzip «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz» steht auf dem Spiel**

Zwei Dinge fallen auf: Erstens sind die Löhne in der Schweiz trotz offenem Arbeitsmarkt nicht gesunken. Bei den Tiefelöhnen zeigt sich der positive Effekt der flankierenden Massnahmen am deutlichsten: Während etwa in Deutschland die niedrigsten Löhne unter dem Niveau von 2002 liegen, sind sie in der Schweiz in demselben Zeitraum um fast 15% gestiegen

Zweitens ist zwischen 2003 und 2018 – entgegen dem internationalen Trend – die Zahl der Beschäftigten, die von einem allgemeinverbindlich erklärten GAV profitieren, von 376 000 auf 958 600 gestiegen. Das ist ein grosser sozialer Fortschritt, kein Nachteil wie die SVP uns glauben machen will.

Flankierende Massnahmen und Entsendegesetz (ihre Anwendung auf entsandte Arbeitnehmenden) sind mit der PFZ verknüpft und damit Teil der bilateralen Verträge I. Wenn die PFZ fällt, fallen auch die flankierenden Massnahmen. Das Prinzip: «Schweizer Löhne für Arbeit in der Schweiz» wäre tot.

### **Lohndrückerei aus reinem Profitinteresse**

Konkret bedeutet dies, dass mit einer Annahme der Initiative Gesamtarbeitsverträge und Mindestlöhne nicht mehr wie bis anhin kontrolliert und durchgesetzt werden könnten. Dies würde Löhne und Arbeitsbedingungen massiv verschlechtern und systematisches Lohndumping ermöglichen. Zuerst in exponierten Branchen und Berufen, mit der Zeit aber in allen Wirtschaftsbereichen. Arbeitnehmende ohne Schweizer Pass könnten sich schlechter gegen Lohndumping wehren. Die Bedürfnisse der Wirtschaft würden wie zu Zeiten des Saisonierstatuts mit rechtlosen Billig-Arbeitskräften und vermehrter Schwarzarbeit gedeckt.

All dies bedeutet mehr Lohndruck, unsichere Arbeitsplätze und weniger Rechte – für einheimische und zugewanderte Arbeitnehmende.

Den InitiantInnen geht es um etwas sehr Einfaches: Lohndrückerei und mehr Profite – auf Kosten aller Arbeitnehmenden. Frau Martullo-Blocher formulierte es an der Lancierungs-MK vor 2 Jahren so: «GAV und Mindestlöhne neutralisieren die Konkurrenz und verteuern die Produktion». Das will die Initiative ändern.

Darum sagen wir am 17. Mai laut und deutlich: Nein zu diesem brandgefährlichen Angriff auf uns Arbeitnehmende!